



b parteipolitisches Frauenprogramm oder „Ökumenische Dekade: Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ – es soll immer noch Männer geben, die beim Lesen des Stichworts *Frau* meinen, hier werden nicht ihre Themen angesprochen. Schon 1791 hat Olympe de Gouges diesen Fehlschluß entlarvt.¹ Sie

Sabine Plonz

Mehr Demokratie wagen – mehr Gerechtigkeit für Frauen fordern

Angesichts der vielfältigen Krisenerscheinungen unserer Wirtschaft haben Frauen begonnen, Alternativen zum „weiter so“ vieler Parteien und Unternehmer zu suchen. In diesem Beitrag wird die feministische Wirtschafts- und Ethikdiskussion dargestellt und eine christliche Perspektive entwickelt.

hatte erkannt, daß die französische Menschenrechtsdeklaration nur den Männern Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstandsrecht einräumt. Als Antwort formulierte sie die Rechte der Frau.² In XVII Artikeln formulierte sie den Grundtext der demokratischen Verfassungen in der Absicht neu, Frauen dieselben Rechte und Pflichten wie den Männern zu sichern. „Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich an Rechten.“ (Art.I) „Die Verfassung ist nichtig, wenn die Mehrheit der Individuen, aus denen die Nation besteht, gar nicht an der Verfassungsgebung mitgewirkt hat.“ (Art. XVI)

Olympes Erklärung ist ein frühes Dokument der Geschlechterdemokratie. Sie sieht den unauflösbaren Zusammenhang von politischen und

materiellen Rechten: „Für den Unterhalt der öffentlichen Gewalten und für die Kosten der Verwaltung sind die Beiträge der Frau und des Mannes gleich; hat die Frau Anteil an allen Lasten und Pflichten, dann hat sie auch gleichen Anteil bei der Verteilung der Stellen, Beschäftigungen, Dienste, Würden und Gewerbe.“ (Art. XIII) Die Herren Revolutionäre hatten verstanden. Für ihre Forderungen nach Menschenrechten für die Frau wurde Olympe de Gouges wegen „Anschlag auf die Souveränität“ angeklagt. 1793 wurde sie – natürlich im Namen der Menschenrechte – enthauptet. Auch diese mögliche Konsequenz des Menschenrechtsengagements war ihr bewußt: „Die Frau hat das Recht auf das Schafott zu steigen, sie hat gleichermaßen das Recht, die Tribüne zu besteigen...“ (Art. X)

Über 180 Jahre dauerte es, bis ihre Deklaration in einer Pariser Bibliothek wiedergefunden wurde. Der Vorgang zeigt: Die Verweigerung beziehungsweise Mißachtung von Menschenrechten gegenüber einer Gruppe stellt ihre Gültigkeit im demokratischen Staat in Frage. Und: Gegenüber unspezifischen universalen Aussagen ist Vorsicht geboten. Die praktische universale Geltung der Menschenrechte erfordert die konkrete kritische Erforschung der Steuerungsmechanismen und Wertentscheidungen des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes, also des Rahmens, in dem sie sich verwirklichen sollen. Das ist heute noch so.

Auch in der Gegenwart ist es verfehlt, frauenpolitische Forderungen und die geschlechterspezifische Analyse der Sozialordnung als Sache zu verstehen, die ausschließlich Frauen angeht. Ich will im folgenden aufzeigen, daß die Verwirklichung von Demokratie insbesondere die Verwirklichung von Geschlechterdemokratie und Gerechtigkeit verlangt. Von da aus möchte ich einige Schlaglichter auf die feministische Diskussion von Wirtschaft und Ethik werfen. Zusammengehalten werden diese

Skizzen von der Frage nach dem Politischen als Bedingung für die Humanisierung unserer Gesellschaft. Ich beabsichtige dabei eine doppelte Problemanzeige: (1) Die herrschende Politik verliert sich im Zeitalter des Neoliberalismus selbst und braucht feministische Kritik und Gegenentwürfe. (2) Feministische Diskussion muß ein zukunftsfähiges Politikverständnis entwickeln und wird dadurch zu einer lebensfähigen, gerechteren und pluralistischen Gesellschaft beitragen.³

Schenken wir zunächst den Herren, die „Politik machen“, ein Ohr. Ein aktueller politischer Witz lautet so: Was ist der Unterschied zwischen dem Wahlkampf von Willy Brandt und dem von Gerhard Schröder? Brandts Lösung lautete: „Mehr Demokratie wagen.“ Der Slogan von Gerhard Schröder ist: „Mehr Volkswagen.“ Dieser Vergleich macht deutlich, wie sich die Republik verändert hat. Während es in den sechziger und siebziger Jahren darum ging, Demokratie zur Angelegenheit aller zu machen, hat sich in den späten neunziger Jahren die Politik aus ihrer eigenen Domäne zurückgezogen. Die Wirtschaft wird als zentraler Akteur angesehen, der Zukunft gestalten soll. Nur scheinbar geht es um die Wahl zwischen politischen Konzepten, die Arbeit schaffen und soziale Sicherheit garantieren können. Als Ersatzentscheidung für das Drama der Massenarbeitslosigkeit und des Perspektivenmangels bietet sich die Wahl der großen Koalition von VW-Golf und Bentley an.

Zukunftskommission mit Rollenverständnis der Vergangenheit

Die „Politik“ weiß nicht mehr weiter oder ist auf die Forderungen der Wirtschaft eingeschwenkt. So kann man es in weniger wahlkämpferischen Zusammenhängen von ihren Akteuren teilweise selbst hören. Dies ist Ausdruck der Ratlosigkeit, die sich aus der unkritischen Wiederholung eingefahrener, ideologischer Denkmuster ergibt, statt sich auf neue Pfade zu begeben, wie sie besonders auch von Frauen zur Zukunft der Arbeit vorgetragen werden. Beispiel: Die sächsische und bayerische Landesregierung ließen in ihrer Zukunftskommission⁴ eine stattliche Gruppe aus der wissenschaftlichen Elite darüber nachdenken, wie die in den letzten 25 Jahren von etwa einer Million auf weit mehr als offiziell 4,5 Millionen Menschen angestiegene Erwerbslosigkeit sinnvoll bekämpft werden kann. Ergebnis: Das Ende der Politik. An das Volk geht die Aufforderung, daß sich jeder und jede zu einer unternehmerischen Persönlichkeit entwickle, die sich selbst mit ihrem Haushalt als eigene kleine Kapitalanlage betreibt. Wer Zeit hat und Sinn sucht, mag sich ehrenamtlich in der Bürgerarbeit betätigen und dafür nicht-materiellen Lohn kassieren.

Die Zukunftskommission bestätigt die Ratlosigkeit der Politik und die Zuflucht zum Markt als Erlöser aus allen Übeln. Sie propagiert mit dem Konzept der Bürgerarbeit von Ulrich Beck einen Liberalismus, der Armen wie Reichen erlaubt, unter Brücken zu schlafen. Soziale Unausgewogenheit kennzeichnet das Werk. Mehr noch. Sie fährt auch einen patriarchalischen Kurs. Dieser wird in der Zusammenschau von Analyse und Lösungsvorschlägen deutlich. In der Arbeitsmarktanalyse wird ausführlich auf die hohe Erwerbsneigung von Frauen verwiesen. „Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ist auch ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Wäre in West- und Ostdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen gleich, gäbe es bei den Arbeitslosenanteilen keine Unterschiede mehr.“⁵ Demgegenüber differenziert das Maßnahmenkapitel „zur Verbesserung der Beschäftigungslage“ nicht nach Geschlechtern, sondern gibt sich neutral. Die Kommission legt faktisch eine klassische geschlechterhierarchische Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit nahe. Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt nicht in den Blick.

Die Schrift geht dennoch wissenschaftlich vor: Die neoklassische Human-Capital-Theorie beweist ja, daß es für Paare rationaler ist, wenn die Ehefrau im Haus bleibt.⁶ Da erübrigt sich die explizite Forderung, Frauen sollten an den Herd zurückkehren. Die alt-neue Rollenverteilung ist Ergebnis rein rationaler Entscheidungen, ohne daß man sich auf Werte bezieht. Feministische Wirtschaftsethik hat angesichts einer solcher Argumentation die Aufgabe, die Rationalität, die dieser Wertordnung unterliegt, herauszustellen und Alternativen einzufordern, die Frauen wie Männern Zugänge und Wahlmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit schaffen.

Das Konzept der Bürgerarbeit soll sich in klassischen Frauenberufen bewähren, die anscheinend jeder ausüben kann und die auch nicht entlohnt zu werden brauchen. So werden diese Berufe abqualifiziert. Das läuft diametral einem von unserer Regierung mitunterzeichneten Beschluß der Pekinger Weltfrauenkonferenz im Jahr 1995 entgegen, alle Arbeit in das Bruttosozialprodukt einzurechnen, um die Leistungen von Frauen darzustellen.⁷ Die Zukunftskommission appelliert an die solchermaßen Tätigen, sich an immateriellen Belohnungen zu erfreuen – gleich wie Frauen ihre einseitige Belastung mit Erziehung, Pflege, Hausarbeit ja aus Liebe tragen.⁸

Kurzum: Der Mensch ist zwei – auch bei der Zukunftskommission. Doch dieses differenzierte Menschenbild setzt sich aus einem *homo oeconomicus* und einer *mulier domestica* zusammen. Ein feministischer Blick auf die neoliberalen und konservativen

Denkmuster enthüllt also die Tragweite ihrer Vorschläge: Angesichts von Massenarbeitslosigkeit werden soziale Ungleichheiten toleriert und wird den Frauen erneut die konservative Rollenverteilung angeedient. Frauen stellen in der Bundesrepublik und weltweit 70% der Armen und geraten bei den Vordenkern der Freistaaten weiter ins Abseits. Von Geschlechterdemokratie und einer „Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, wie sie das gemeinsame Sozialwort von Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) und katholischer Bischofskonferenz anvisiert, keine Rede.

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Genau das wäre die Gegenvision. Gegen den Neoliberalismus, der Menschen auf ihre Funktion als Kapitalisten reduziert und daher nur starken, gesunden und gut gebildeten Männern eine Perspektive bietet, setzt ein Spektrum aus Grünen, Feministinnen, Kirchenleuten und Sozialdemokraten auf Solidarität und Gerechtigkeit und baut darauf, sich der Zukunft der Arbeit politisch anzunehmen, unter anderem durch eine Verpflichtung auf einen neuen Gesellschaftsvertrag.⁹ Einer seiner Kernstücke wäre: Zur Verwirklichung von Gerechtigkeit ist die Verteilung von Arbeit und Eigentum *politisch*, nicht marktradikal zu regeln. Der Neoliberalismus setzt statt dessen auf Deregulierung. Aber auch die wirkt regulierend, indem sie Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum umverteilt.

Die Forderung „Mehr Demokratie wagen“ ist hochaktuell. Nur muß sie heute konkretisiert werden: mehr Geschlechterdemokratie und mehr materiell erfahrbare Gerechtigkeit. Man kann das auch anders herum lesen: Das politische Modell der Demokratie scheitert, wenn nicht mehr Politik gemacht wird zugunsten der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zugunsten einer wirklichen Teilhabe aller an materieller Sicherheit, Arbeit und sozialer Versorgung. Der Neoliberalismus fragmentiert die Gesellschaft in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht und grenzt große Bevölkerungsgruppen aus. Menschliche Arbeit ist unter seiner Vorherrschaft nicht möglich, da er Arbeit als Kapital auffaßt, die abgekoppelt ist von Mensch und Natur, Zeit und Sinn. Der Neoliberalismus zerstört Arbeit zugunsten von Kapitalrendite. Dadurch wird Politik für gerechte Verteilung von Arbeit zur Utopie.

Was not tut, ist also eine Politik, die es schafft, Utopien real zu denken, eine Politik, die der menschenrechtlichen Utopie in der Gestaltung der Gegenwart verbunden bleibt und beide sich wechselseitig korrigieren läßt. Dieser Ansatz liegt dem Frauenbeschäftigungsprogramm von Ulla Knapp und Marianne Weg¹⁰ zugrunde und leitet zahlreiche Politikerinnen in ihrem Alltagsgeschäft an. Auch sie können an eine menschenrechtliche Frauentradition anknüpfen. Louise Otto-Peters stellte ihr frauenrechtliches Engagement schon 1849 unter das Motto: „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen“, wozu sie das Recht der Frauen auf Erwerb als unabdingbare Voraussetzung zählte.¹¹ Es geht gestern wie heute um eine Politik, die sich dialektisch auf das Reich der Freiheit und das Reich der Notwendigkeit bezieht, und dieses nicht für die Hälfte der Menschheit, sondern in universaler Perspektive. Die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Kurz-Scherf konzipiert diesen Zusammenhang von Freiheit und Notwendigkeit ausgehend von frauenpolitischen Forderungen, deren Umsetzung eine Gesellschaft verheißt, in der Arbeit und Leben versöhnt sind.¹² Dazu bedarf es einer ideologiekritischen Enttarnung geschlechterhierarchischer Strukturen und Wertordnungen, mit denen auf die Benachteiligung von Frauen hingewiesen und entsprechende veränderte Zielsetzungen eingeklagt und politisch umgesetzt werden können.¹³

Gerechtigkeit bleibt ein zentrales Thema

In unserem Zusammenhang stellt sich damit besonders die Frage nach der leitenden Idee von Gerechtigkeit und ihrer Pervertierung in der gesellschaftlich-ideologischen Praxis. Trotz der feministischen Kritik des Gerechtigkeitsbegriffs, die sich vor allem an liberalen Konzepten entzündete, meine ich, daß der Aufdeckung und Überwindung ungerechter Strukturen eine herausragende Rolle zukommt. Sie setzt eine Option für das Leben aller voraus, die die Grundlage jeder gesellschaftspolitischen Praxis bildet.¹⁴

Auffällig finde ich, daß Politikerinnen des rotgrünen Spektrums und Pragmatikerinnen aus der feministischen Sozialwissenschaft zu solchen sozialetischen Schlußfolgerungen animieren¹⁵ (*siehe Dokumentation „Frauen wollen eine andere Politik“ in diesem Heft*), während eine Reihe feministisch-ethischer Autorinnen zu diesen politisch-ökonomischen hard-core Themen relativ wenig sagen. Zugespitzt: Während die Profanfeministinnen implizit Konzepte politischer Ethik vertreten, die mir mit dem biblischen Kampf um Gerechtigkeit kompatibel scheinen, konzentrieren sich religiös und beziehungsethisch ausgerichtete Frauen auf philosophische Erwägungen über das Sein der Frau und ihre differierende Wertordnung, ihr spezifisches Wirt-

schaften und alternative Praktiken im Nahbereich. Hier finde ich die christlich und weltanschaulich motivierten Ökofeministinnen wieder sowie Autorinnen der Arbeitsgruppe Ethik im Feminismus, die unter dem Logo *Weiberwirtschaft*¹⁶ veröffentlichen, und schließlich auch die Subsistenztheoretikerinnen.¹⁷

Letztere beteiligen sich jedoch an politischen Initiativen besonders bezüglich der Zweidrittelwelt¹⁸. Ich denke dabei an Maria Mies und Claudia von Werlhof sowie die „Bielefelderinnen“ vom „Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz“. Eine Zwischenstellung nehmen sicher die Haushaltstheoretikerinnen und Vertreterinnen des vorsorgenden Wirtschaftens ein, die wissenschaftlich der Veränderbarkeit der Arbeitsdurch die Lebenswelt auf der Spur sind, etwa die Bremer Professorin Adelheid Biesecker, die Haushaltswissenschaftlerinnen um Rosemarie von Schweitzer in Gießen und die Schweizer Ökonomin Ulrike Knobloch.¹⁹

Konkret geht es mir aufgrund der gesellschaftlichen Situation um das unterschiedliche Verständnis von Arbeit und Politik. Während die „Politikerinnen“ dazu neigen, die häuslichen, erzieherischen und pflegenden Tätigkeiten der erwerbswirtschaftlichen Arbeit zu subsumieren, neigen die „Ethikerinnen“ dazu, dem Haushalt in einem umfassenden, um nicht zu sagen, traditionell-vormodernen Sinn den Vorrang einzuräumen und Erwerbsarbeit nur am Rande in den Blick zu nehmen, nämlich als Defizitanzeige gegenüber weiblich-ganzheitlicher Lebenspraxis.²⁰

Die erste Sicht hat für sich, daß sie sich pflegende und sorgende Tätigkeiten unter erwerbsökonomischen Bedingungen vorstellen kann – ja diese häufiger sogar profes-

sioneller, effizienter und sozialverträglicher ausgeführt sieht als im Rahmen der Kleinfamilie. Der Blick nach Skandinavien und Frankreich zeigt, daß öffentliche, erwerbswirtschaftliche Versorgung von kleinen Kindern keineswegs soziale Verwahrlosung mit sich bringt, sondern einen erheblich höheren Standard an weiblichen Freiheiten ermöglicht. Die „Haushalterinnen“ dagegen können auf die allen modernen Wirtschaftssystemen vorgelagerten Lebenskompetenzen von Frauen verweisen und damit der totalen Beherrschung des Denkens und Handelns durch den Markt ein Widerstandspotential entgegensetzen. Entsprechend zielen die konkreten Politiken der beiden feministischen Gruppen eher auf Erfolge, die in der Nähe beziehungsweise in der Ferne liegen. Während die Politikerinnen auf Gleichstellung und gerechte Verteilung pochen, verlangen die Ethikerinnen Neubewertung von Tätigkeiten und Sinnggebung.

Die feministische Debatte um Macht, Arbeit und Kirche

Der wichtigste Vorwurf aus Sicht der Politikerinnen an die „Religiös-Ethischen“ ist, daß sie eine asketische Gemeinschaftsideologie an die Stelle kritischer Analyse und politischer Konzepte setzen. Aus Sicht der so Kritisierten aber verharren die Politikerinnen in einem überkommenen Verständnis von optimistischer Erwerbsorientierung und sehen nicht den grundlegenden Autoritäts- und Wertewechsel, der von Frauen ausgehen muß, um definitiv mit der symbolisch-ideologischen Macht des Patriarchats zu brechen. Daran anschließend stellen sich beide Richtungen auch die Auswege aus der ökologischen Krise sehr verschieden vor.

Vorläufig muß ich sagen, daß mir der Ansatz der Politikerinnen aufgrund seiner kritischen Lösungsorientierung und seiner Rückfragen an die Ethikerinnen näher ist, der Ansatz der Ethikerinnen und Haushalterinnen jedoch aufgrund seiner kritischen und die Systeme sprengenden Perspektiven erkenntnisfördernd und daher auch wichtig bleibt. Ich möchte versuchen, in dieser Diskussion noch ein Stück weiterzukommen: sowohl auf der grundsätzlichen Ebene mit der Entwicklung einer feministischen Wirtschafts- und Sozialethik als auch pragmatisch mit der Suche nach politischen Lösungsansätzen gegen die Zerstörung von Arbeit und Leben. Ich denke, daß zu diesem Zweck beide Zugänge weiter befragt und auch sinnvoll aufeinander bezogen werden können.

Dann tritt hervor, daß eben bestimmte Grundworte unterschiedlich verstanden werden:

Macht: Hier nun sind die Politikerinnen eher die Traditionalistinnen, indem sie sich auf Macht zur Durchsetzung von Interessen berufen, die besonders in den üblichen politischen Institutionen erreicht werde. Sie betonen den Kampf- und Konfrontationsaspekt der Frauen- und Menschenrechtspolitik, die sich mit Strukturen von Herrschaft auseinanderzusetzen hat. Demgegenüber rekurrieren die Ethikerinnen eher auf einen Machtbegriff, der seine Kraft aus der Kooperation bezieht. Das tun sie, angeregt durch die Diskussion um weibliche Moral, verstanden als „Sorge“, aber auch von Hannah Arendt und ihrem interaktiven Machtverständnis²¹.

Meine vorläufige Folgerung: Aus feministischer Sicht wäre eine offensive Neukonzeption von Macht ideal, welche die institutionelle Verankerung von Frauenrechten in einem machtkritischen, gesellschaftlichen Prozeß des Aushandelns mit der Entwicklung einer kooperativen, sorgenden Ethik verantwortlicher, Macht entfaltender Subjekte zu verbinden vermag.²²

Arbeit: Bei den religiös und ethisch motivierten Feministinnen wird hervorgehoben, daß Frauenarbeit in Haushalt und Beziehungen durch die ausschließliche Konzentration auf die Erwerbsökonomie unsichtbar gemacht werde. Sie fordern daher eine haushaltszentrierte „Moral Economy“ (M. Mies). Bislang haben sie noch wenig zur Klärung dessen gesagt, was Haushalt denn ökonomisch ist und wie Arbeit darin geschieht. Die Ethikerinnen haben wohl auch noch nicht wie die Politikerinnen *das Zusammenwirken* des Haushaltens mit der Erwerbsökonomie dargelegt. Daher eröffnet die Subsistenzperspektive bislang keine dynamische, transformierende Entwicklung für unsere Gesellschaft, sondern regt eher zu Projekten und Netzwerkbildungen im Bereich alternativer Ökonomie an. Die Politikerinnen hingegen wären zu fragen, inwiefern sie dazu neigen, sämtliche menschlichen Tätigkeiten als verrechenbare Arbeit zu begreifen und durch die angestrebte Ausweitung der öffentlichen Versorgung auch die Durchökonomisierung der Lebenswelt zu fördern. Auch hier hat H. Arendt durch ihre Differenzierung des Tätigseins von Menschen eine Relativierung des Arbeitsbegriffs gebracht. Der oben diskutierte Bereich der unbezahlten Bürgerarbeit, des sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Engagements oder des dritten Sektors ist feministisch noch zu wenig untersucht, wird aber auf dem Weg ins „Jenseits der Arbeitsgesellschaft“ (I. Kurz-Scherf) weder gewerkschaftlich-sozialdemokratisch noch frauenpolitisch ignoriert werden können.

Aus der Diskussion um „Arbeit“ ziehe ich die Zwischenbilanz: Uns bleibt die Frage nach der Zukunft der Arbeit. Sie ist unter Rückgriff auf die uneingelösten Utopien der Menschenrechtsdeklarationen von 1789 bis zu derjenigen der Vereinten Nationen von 1948 zu stellen und unter Zuhilfenahme feministischer Analysen zu präzisieren: Was sind die Rahmenbedingungen dafür, daß „Arbeit“ materielle Sicherheit, Selbstverwirklichung und Annahme der Begrenztheiten und Schwächen alles Lebendigen gewährleistet? Hier ist besonders die Kompetenz der „Politikerinnen“ gefordert. Die andere Frage resultiert aus der Wachsamkeit der „Ethikerinnen“: Kann es denn eine „Ethik der Sorge“ geben, die frauenfreundlich ist?

Hätten christliche Frauen zu diesen Aufgabenstellungen nicht einiges beizutragen, ja sogar ihre spezifische Kompetenz als Menschen, die von der Bibel herkommen, und aufgrund der Erfahrungen mit dem gemischten Haufen Kirche? Diese letzte Frage verlangt nun auch die Klärung des Praxiszusammenhanges „Kirche“ durch christliche Feministinnen.

Frauen-Liturgie und Gleichstellungsarbeit: Beides droht manchmal in kirchlichen Zusammenhängen ineinander zu verschwimmen. Dabei wäre innerkirchlich eine Entmoralisierung politischer und ökonomisch-sozialer Kämpfe von Frauen um ihre Rechte entlastend und stärkte wohl auch die Kooperationsfähigkeit mit anderen Frauen. Umgekehrt wäre es angebracht, die Feier des Lebens in seiner Gefährdung und Wiederherstellung nicht ontologisch an „die Frauen“ zu binden, denen dann einseitig seine Bewahrung aufgebürdet würde. Bei H. Arendt sind Arbeit und Leben eng aufeinander bezogen. Herstellen und Weltlichkeit, Handeln und Politik jedoch stellen weitere Sphären menschlicher Tätigkeit dar. Diese beiden Bereiche können wir weder biblisch noch politisch drangeben und womöglich den Männern überlassen.

Kirche und Zukunft der Arbeit: In der Kirche haben wir es mit der vertrackten Mischung aus Ehrenamt und Erwerbsarbeit zu tun, beides mehrheitlich von Frauen ausgeübt.²³ Zudem steht genau diese Erwerbsarbeit augenblicklich unter dem Druck, ins Ehrenamt abgedrängt zu werden. Die Bürgerarbeit von Ulrich Beck kennen wir schon als Liebesarbeit der Christinnen. Der feministisch-politischen Aufmerksamkeit in

Kirche als Arbeitgeberin und sozialer Organisation/Zivilgesellschaft kommt angesichts der großen Zahl Beschäftigter und des Anwachsens prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse von Frauen und ihrer Rückdrängung in die Familie große Bedeutung zu. Hier werden gesamtgesellschaftlich wichtige Weichen gestellt, womit noch einmal deutlich wird, daß es in der Frauenpolitik um die Ganze geht.

Vom Reich der Freiheit und dem Reich der Notwendigkeit

Wie laufen Politik, Wirtschaft und Ethik zusammen? Sozial-ethisch geht es um das Miteinander von Reich der Freiheit und Reich der Notwendigkeit oder biblisch-theologisch gesagt um Schabbath und Gerechtigkeit.

Die Bergpredigt Jesu bei Matthäus orientiert die Gemeinde hinsichtlich des Vorrangs des Reichs der Freiheit vor dem der Notwendigkeit. Aber das tut sie nicht aus Geringschätzung gegenüber den Bedürfnissen des Überlebens, sondern weil ausgehend von der Befreiung vom Mammon, der Verbindung von Reichtum und politischer Macht, Leben erst möglich wird. Menschliche (männliche und weibliche) Arbeit, Säen und Ernten, Spinnen und Weben spiegelt sich charakteristischerweise in dem Nicht-Arbeiten, dem Nicht-Herrschen und Nicht-Reichtum-schaffen der Vögel und Blumen. Die Gerechtigkeit Gottes ermöglicht den Schabbath der Menschen, die ihre Sorgen und Mühen so loslassen können, daß sie allen ihren nötigen Anteil sichern. Jesus erinnert an die Ethik der Sorge, die vom Gott Israels geübt wird: In Sorge um sein Volk befreit er es von der Sorge um das Überleben. Dadurch, daß es sich auf diesen Gott verläßt, kann es am Schabbath und im siebten Jahr von Sorgen ablassen.

Für den Schabbath macht sich auch die lukanische Gemeinde stark – am Beispiel der beiden leitenden Frauen Maria und Martha. Ausgerechnet bei den Frauen, ihren Arbeitszusammenhängen und ihren Lebensentwürfen, bricht der Konflikt um die Einheit von Freiheit und Notwendigkeit auf. Na ja, heikel ist das feministisch gesehen, aber auch realistisch, haben doch Frauen die Urkirche erst auf den Weg gebracht. Hier geht es auf jeden Fall auch um die Sorgenfreiheit, die Mut gibt zum Hören auf das Wort, das Wort von der Gerechtigkeit Gottes. Aber geht es auch um die Sorge Gottes für das tägliche Brot? Zumindest geht es darum, daß das Volk Gottes sich die Zeit nimmt, über seine Gerechtigkeit nachzudenken. Dem läßt Lukas das Gebet, das Vater Unser, folgen. Das Kommen des Reiches befreit alle. Die freie Zeit für das Wort eröffnet Perspektiven auf das Reich der Freiheit, dessen Maria sich schon sicher weiß.

Dr. Sabine Plonz, Evangelische Akademie, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn

Anmerkungen

- ¹ Olympe de Gouges, Mensch und Bürgerin, „Die Rechte der Frau“ (1791), herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Hannelore Schröder, Aachen 1995.
- ² A.a.O., S. 106ff, in französisch-deutscher Fassung (die folgenden Zitate sind dieser Ausgabe entnommen).
- ³ Diese Zielsetzung wäre kaum denkbar ohne die ökumenische Diskussion über die *Just Participatory Sustainable Society* und ohne die Erfahrungen und Anregungen von Frauen in Grassroots-Bewegungen aller Welt, die zur Kritik der lebensgefährlichen Ökonomie beitragen und täglich mit Phantasie und Engagement um andere Wege kämpfen. Ich beschränke mich in diesem Artikel aber auf die bundesdeutsche Diskussion.
- ⁴ Die Arbeitsergebnisse sind dokumentiert in vier Bänden, die noch um Gutachterttexte ergänzt werden sollen. Titel: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bezug: Bei den Staatskanzleien und bei IWG Bonn, Ahrstraße 35, 53175 Bonn, Fax 0228/375869.
- ⁵ Bd. IV, S. 18, vgl. a. S. 31f.
- ⁶ Vgl. dazu die kritische Auseinandersetzung in: Ulla Regenhard/Friederike Maier/Andrea-Hilla Carl (Hg.), Ökonomische Theorie und Geschlechterverhältnis. Der männliche Blick der Wirtschaftswissenschaft, fhw forschung 23/24, Berlin 1994, und in: Arbeit teilen, schaffen, neugestalten. Ein Frauenbeschäftigungsprogramm und seine Folgen für die Arbeitsgesellschaft, Ev. Akademie Iserlohn, Dokumentation 109/1997.
- ⁷ Vgl. epd Entwicklungspolitik, Nr. 9/95 und 18/19/95 sowie epd-Materialien II/96; Anja Ruf, Weltwärts Schwestern! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft, Bonn 1996.
- ⁸ Zugleich schlägt die Zukunftskommission die Einführung eines Bürgergeldes vor, was eine andere Bezeichnung für Grundsicherung ist, die in konservativen Politikkonzepten niemals existenzsichernd ist, sondern allenfalls dazu führt, daß man mit mehr Erwerbsarbeit im Niedriglohnssektor sein Auskommen suchen muß. Genau diesen Sektor will die Zukunftskommission deutlich ausweiten. Bd. IV, S. 92ff.

Bei der Kritik des Konzeptes Bürgerarbeit beziehe ich mich auf eine Analyse von Ute Klammer, die in Kürze in den gewerkschaftsorientierten WSI-Mitteilungen erscheint. (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Boeckler-Stiftung, Düsseldorf). Vgl. auch die Streitschrift „Die Sackgassen der Zukunftskommission“, verfaßt von einem Team der Berliner Arbeitssenatorin Christine Bergmann, Kurzfassung: FR, 8.7. 1998, S. 18.

- ⁹ Vgl. Friedhelm Hengsbach/Bernhard Emunds/Matthias Möring-Hesse (Hg.), Reformen fallen nicht vom Himmel. Was kommt nach dem Sozialwort der Kirchen?, Freiburg 1997.

Vgl. besonders den Aufruf „Frauen wollen eine andere Politik. Selbstverpflichtungserklärung für einen neuen Gesellschaftsvertrag“, dokumentiert in diesem Heft, S. 453ff.

- ¹⁰ Ulla Knapp/Marianne Weg, Arbeit teilen, schaffen, neugestalten. Frauenbeschäftigungsprogramm, Pfaffenweiler 1995.
- ¹¹ Motto der von Louise Otto seit 1849 herausgegebenen Frauenzeitung.
Louise Otto-Peters, Das Recht der Frauen auf Erwerb. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahr 1866, Leipziger Universitätsverlag 1997.
- ¹² Ingrid Kurz-Scherf, Vom guten Leben. Feministische Perspektiven diesseits und jenseits der Arbeitsgesellschaft, in: Wolfgang Belitz (Hg.), Wege aus der Arbeitslosigkeit, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 181-206.
dies., Wenn Arbeit entbehrlich wird. Zur „Krise der Arbeitsgesellschaft“ im „Zeitalter der Globalisierung“, in: WSI-Mitteilungen, Sonderheft 1997, S. 41-56.
- ¹³ In dieser Perspektive arbeitet der Arbeitskreis: „Feministische Plattform Wirtschaftsethik“. Veröffentlichungen: Konsumboykott und Ökofeminismus, Weibervirtschaft und Gleichstellungspolitik: Geburtshelferinnen einer lebenswerten Gesellschaft, Ev. Akademie Iserlohn, Tagungsprotokoll 6/1997, sowie: Arbeit teilen, schaffen, neugestalten, Ev. Akademie Iserlohn, Dokumentation 109/1997.
- ¹⁴ Hier knüpfte ich an die lateinamerikanische Befreiungstheologie und ihre Rezeption der Kritik der Politischen Ökonomie der Marxschen Tradition an. Vor allem von Franz Hinkelammert wurde seit den siebziger Jahren vehement das Kriterium des Lebens als Bedingung der Möglichkeit aller Politik, Ethik und Theologie betont. Vgl. Anmerkung 3.
- ¹⁵ Dazu ist die Unterschriftenliste der Selbstverpflichtungserklärung für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu vergleichen (vgl. Anmerkung 9).
- ¹⁶ Weibervirtschaft. Frauen – Ökonomie – Ethik, Beiträge von Heidi Bernhard Filli, Andrea Günter, Maren Jochimsen, Ulrike Knobloch, Ina Praetorius, Lisa Schmuckli, Ursula Vock, Luzern 1994. Dort gibt es eine ausführliche Bibliographie zum Thema. In Kürze erscheint ein Fortsetzungsband. Außerdem: Ina Praetorius, Die Welt ist unser Haushalt, in: Junge Kirche, 7/8/1996, S. 402-408, dies., Skizzen zur feministischen Ethik, Mainz 1995.
- ¹⁷ Klassiker: Claudia von Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomsen (Hg.), Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983. Vgl. auch Veröffentlichungen von Vandana Shiva zum Thema Subsistenz und Ökofeminismus (teils zusammen mit Maria Mies).
- ¹⁸ So organisiert Maria Mies ein Widerstandskomitee gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (M.A.I.) und hat ähnliches zum Welternährungsgipfel in Rom 1997 getan.
- ¹⁹ Vgl. Christiane Busch-Lüty/Maren Jochimsen/Ulrike Knobloch/Irmi Seidl, Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Sonderheft der Zeitschrift für Politische Ökologie, Nr. 6, 1994; Adelheid Biesecker, Lebensweltliche Erneuerung der Ökonomie – über alte und neue Formen weiblichen Wirtschaftens, in: Zeitschrift für Frauenforschung, 14. Jg., H. 3/1996, S. 102-116.
- ²⁰ Vgl. zum folgenden die oben genannte Tagungsdokumentation Konsumboykott und Gleichstellungspolitik, besonders die Beiträge von Ulla Knapp und Gudrun Mawick. Ferner: Sabine Plonz, Zukunft der Arbeit. Kritik der Politischen Ökonomie und feministische Ethik, in: Schlangenbrut Nr. 61/1998, S. 11ff.
- ²¹ Vgl. zum folgenden Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, 6. Auflage, München 1989.
- ²² Vgl. Selma Sevenhuijsen, Feministische Überlegungen zum Thema Care und Staatsbürgerschaft, in: Helga Braun, Dörthe Jung, Hg., Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg 1997, S. 74-95.
- ²³ Vgl. zu dieser Diskussion Sigrid Reihls, Ehrenamtliche Arbeit als „weibliche Form“ kirchlicher Arbeit, in: Silke Raab (Hg.), Zwischen Mühsal und Selbstbestimmung. Vielfalt und Reichtum weiblicher Arbeitswelten, Bornheim 1998, S. 263-287.
-